

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Expertenanhörung: Ein wichtiger Beitrag zu mehr Transparenz
- Daniel Günther scheint Lob dringend nötig zu haben
- Stets bemüht ist für den Klimaschutz zu wenig
- CDU boykottiert Gesetz gegen Ausbeutung und Tricksereien in der Fleischindustrie
- Landesdüngeverordnung: Jamaikas Vorhaben wird der EU-Nitratrichtlinie wieder nicht gerecht

Expertenanhörung:

Ein wichtiger Beitrag zu mehr Transparenz!

Statt einer dreitägigen Sitzung begann der November-Landtag mit einer besonderen Anhörung. Sechs Stunden lang standen am Mittwoch im Landtag Experten den Politikern Rede und Antwort. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie mit der Corona-Pandemie weiter umgegangen werden soll. Einerseits soll der Politik geholfen werden Entscheidungen zu treffen, andererseits soll aber auch ein klares Zeichen gesetzt sein, dass das Parlament aktiv an den Entscheidungen in der Krise teilnimmt. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:

„In Zeiten, in denen die Menschen zum Teil starke Einschränkungen sowohl ihres Alltags als auch ihres Berufslebens hinnehmen müssen, muss die Rolle ihrer gewählten Vertreter über die des parlamentarischen Geldgebers hinausgehen. Deshalb ist es wichtig, dass die Abgeordneten sich bei den Experten direkt informieren. Hierbei haben wir uns heute neben der epidemiologischen Sicht auch mit den sozialen, ökonomischen und rechtlichen Fragen beschäftigt. So hat die Meinung der Experten deutlich gemacht, dass es wichtig für die Akzeptanz von Maßnahmen in der Bevölkerung ist, wenn die Parlamente eine aktive Rolle spielen. In Schleswig-Holstein ist das der Fall, was wir zum Beispiel mit den durch 2/3 Mehrheit beschlossenen Nachtragshaushalten gezeigt haben. Dennoch wollen wir uns mit den Anregungen zur Stärkung der Parlamente befassen. Zugleich müssen Regierung und Verwaltung aber auch schnell handeln können. Ebenso wichtig war es, sich mit den Folgen aus der sozialen Perspektive zu beschäftigen. So wurde sowohl aus kinder- und jugendmedizinischer als auch aus psychologischer Sicht sehr deutlich, dass ein undifferenziertes Schließen von Schulen und Kitas negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern haben kann. Die Kinder- und Jugendmedizin geht nach wie vor davon aus, dass Kinder hauptsächlich von Erwachsenen infiziert werden, die ihrerseits die Infektion in ihrem Berufs- und Alltagsleben erwerben. Das heißt, dass die Infektionen hauptsächlich in Kitas und Schulen hineingetragen werden, sie selbst aber nicht die Hauptverbreitungsorte sind. Bedenkenswert ist die Gefahr, die die Experten bei der Ein-Freundesregelung sehen.“

„Wenn Kinder gezwungen werden, zwischen ihren Freunden auszuwählen, dann könnte das zu einer erheblichen seelischen Belastung für sie führen!“



Ein Weckruf sollten die Anregungen aus der Krisenforschung sein. Wir teilen die Kritik, dass die Landesregierung mehr darauf achten muss, sich nicht innerhalb kürzester Zeit in Widersprüche zu verwickeln, wie das zum Beispiel bei der Osterregelung oder der Fragen, ob die Gastronomie nun offen bleibt oder nicht, der Fall war. In einer Demokratie sollten wir natürlich den Rat von Experten mit einbeziehen. Die notwendigen Abwägungen und Entscheidungen müssen allerdings von dem vom Volk gewählten Vertretern getroffen werden. Deshalb ist es wichtig, unsere Entscheidungsgrundlagen transparent zu machen. Die heutige Anhörung war ein guter Beitrag dazu. Die SPD-Fraktion bedankt sich bei den Expertinnen und Experten und wird die aus der heutigen Anhörungsrunde gewonnenen Erkenntnisse direkt in ihre parlamentarische Arbeit einfließen lassen.“

Überbrückungshilfen:

Daniel Günther scheint Lob dringend nötig zu haben!

Auch die vom Bund geleisteten Wirtschaftshilfen waren Thema im Landtag. Dazu erklärt Serpil Midyatli:

„Daniel Günther scheint Lob sehr nötig zu haben, wenn man sich die Reden der Regierungsfractionen ansieht. Bei dieser Darstellung kriegt man den Eindruck, die Landesregierung von Schleswig-Holstein allein prägt die Wirtschaftspolitik von Deutschland. Ich frage mich nur, was die anderen Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister in den letzten Wochen getan haben. Däumchen gedreht sicher nicht. Die Wahrheit ist doch, das, was in den Überbrückungshilfen III festgelegt wurde, verhandeln wir seit vielen Wochen.



„Der Erfolg hat auch in diesem Fall viele Väter und Mütter!“

Das wichtigste ist jetzt, dass das Geld schnell und unbürokratisch bei den Unternehmen und Menschen ankommt. Da sind das Bundeswirtschaftsministerium und Peter Altmaier in der Pflicht. Sehr froh bin ich, dass es mit der Überbrückungshilfe III ein Extra-Programm für Solo-Selbstständige gibt. Wir alle wissen aus vielen Gesprächen, dass die Grundsicherung keine ausreichende Lösung für diese Gruppe ist. 5.000 Euro helfen natürlich. Ob sie aber ausreichen, ist für mich offen. Ich will hier ganz deutlich im Namen der SPD sagen: Wenn die Landesregierung mehr machen will, um den Solo-Selbstständigen und den Künstlerinnen und Künstlern zu helfen, dann steht die SPD dazu bereit. Ähnlich haben wir es ja bereits bei den Schaustellern getan.“

Das war die Landtagsrede von Serpil Midyatli: <https://www.youtube.com/watch?v=Msv8kpZcFgg>

Stets bemüht ist für den Klimaschutz zu wenig!

Unser Land ist auf dem besten Weg, die eigenen Klimaschutzziele krachend zu verfehlen. Das ist keineswegs Oppositionsrhetorik, sondern die knappe Zusammenfassung der eigenen Energiewendeberichte von Jamaika. Der Landtag kam zusammen, um über Maßnahmen und Ziele für eine effiziente Energiewende und Klimaschutzpolitik zu beraten. Ralf Stegner kritisierte die Landesregierung und ihre Klimaschutzpolitik als nicht ausreichend:

„Die Klimaschutzziele sind mit den bisherigen Maßnahmen nicht mehr zu erreichen. Klimaschutz ist natürlich auch Naturschutz, Kampf gegen das Artensterben, Verkehrswende, Gebäude- und Wärmepolitik, Energiesparen, Innovation, aber eben auch die Energieerzeugung. Und das ist ein hausgemachtes Problem. Zwischen 2017 und dem Juni 2020 wurden netto genau 21 Windkraftanlagen errichtet. 2019 wurden unter dem Strich sogar mehr abgebaut, die installierte Leistung ging zum ersten Mal in der Geschichte des Landes zurück. Nun sind in den letzten Wochen die Genehmigungen wieder gestiegen, aber die Windbranche stellt zu Recht fest, dass von einer guten Bilanz keine Rede sein kann. Jamaika wird es so nicht schaffen, die gesetzlich festgelegte Menge an erneuerbarem Strom bis 2025 zu erreichen. Dafür trägt Ministerpräsident Günther die Hauptverantwortung, weil er im Landtagswahlkampf mit unhaltbaren Versprechungen angetreten ist und den Menschen Angst vor der Windkraft gemacht hat. Das war unverantwortlich und rächt sich jetzt. Jamaika verfehlt auch den Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeerzeugung. Und die Reduktion der Treibhausgase bleibt ebenfalls hinter den selbst gesetzten Zielen deutlich zurück. Selbst wenn einem der Kampf gegen den Klimawandel kein dringliches Anliegen ist oder man diesen sogar leugnet, verstehe ich teilweise wirklich nicht, wie man die Augen vor den dramatischen wirtschaftlichen Folgen verschließen kann, die das Verschlafen der Energiewende gerade für Schleswig-Holstein bringt. Unser Land hat kaum Industrie und viel zu wenig gut bezahlte Jobs.“



„Wir können es uns schon ökonomisch schlichtweg nicht leisten, die großen Potenziale und Wertschöpfungschancen der Energiewende liegen zu lassen, bloß weil die Regierung nicht in die Puschen kommt!“

Und es ist noch einmal ärgerlicher, wenn diese Landesregierung lieber rumschnackt, statt anzupacken, weil sie nicht nur Zukunftschancen verspielt, sondern auch die Strukturen kaputt macht, die wir über lange Jahre mühsam aufgebaut hatten. Das wirft unser Land weit zurück. Auch bei der technischen Innovation von der Speicherung über die Wasserstofftechnik bis zu dezentralen Spinnoffs oder dem Leitungsbau gibt es mehr PR als erkennbare Substanz mit wahrnehmbaren Arbeitsplatzfortschritten. Nichts an dem vorliegenden Bericht ist in der Sache falsch. Aber im Ergebnis ist das, was Jamaika vorlegt, einmal mehr ambitionslos, dürftig und ohne jede Spur von Innovation – wie so vieles zu den Themen Energiewende und Klimaschutz.“

Hier geht's zur Landtagsrede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=FonTmbQgMog>

Fleischindustrie:

CDU boykottiert Gesetz gegen Ausbeutung und Trickereien in der Fleischindustrie!

Nachdem die CDU neue Regeln für die Fleischindustrie im Deutschen Bundestag boykottiert, macht die schleswig-holsteinische SPD im Kieler Landtag Druck. Viel zu lange ist nichts passiert. Das muss sich jetzt dringend ändern. Deshalb hat die SPD einen Antrag (Drs. 19/2555) in den Landtag eingebracht, die unhaltbaren Zustände, die in der fleischverarbeitenden Industrie teilweise herrschen, zu beenden. Dazu erklärt Serpil Midyatli:

„Satiriker haben ja mal gespottet, „CDU“ stünde für „Club Deutscher Unternehmer“. Ganz so hart würde ich das nicht sehen, aber ganz offenbar ist der Einfluss der Lobbyisten auf die Union ungebrochen. Nicht anders ist es zu erklären, dass nach den Tausenden Infektionen in den Schlachthöfen und den massiven Verstößen gegen Arbeitsschutz und Hygienebestimmungen die CDU das Gesetzgebungsverfahren boykottiert und immer noch versucht Schlupflöcher in ein Gesetz einzubauen, das genau diese Zustände wirksam unterbinden soll. Symbolische Appelle und Pseudoverbesserungen nach den Skandalen der letzten Jahre haben doch ganz offenbar nicht gewirkt.“

„Den Ausbeutern, den Tricksern in der Branche muss endlich wirksam gesetzlich begegnet werden, anstatt die Aufsichtsbehörden vor Ort in nicht gewinnbare Schlachten zu schicken!“



Die SPD steht dazu, dass die Aufsichtsbehörden endlich wirksame Mittel zur Unterbindung der unhaltbaren Zustände bekommen. Währenddessen versucht die Union im Bundestag dem Tiger schon mal vorsorglich alle Zähne zu ziehen. Wir stehen fest an der Seite der Gewerkschaft, der ehrlichen Unternehmer sowie der Mitarbeiter in der Fleischindustrie. Letztlich ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass Trickereien, verschachtelte Verantwortung und Ausbeutung nicht auch noch gesetzgeberisch belohnt werden.“

Hier geht's zur Rede von Serpil Midyatli: https://www.youtube.com/watch?v=frDI8J_-0U

Jamaikas Vorhaben wird der EU-Nitratrichtlinie wieder nicht gerecht!

Und wieder wurde im Landtag über die Düngerverordnung debattiert. Das ist eine never ending story, die 1991 mit dem Inkrafttreten der EU-Nitratrichtlinie begann und bis heute ist die Umsetzung nicht gelungen. Der Antrag, den Jamaika vorgelegt und versucht hat als Erfolg zu verkaufen, wird der EU-Nitratrichtlinie wieder nicht gerecht werden. Die Landesdüngerverordnungen der Länder müssen auf der Grundlage der im Mai im Bund novellierten Düngerverordnung neu gefasst werden. Anlass ist das EU-Urteil zur nicht richtlinienkonformen Umsetzung der EU Nitratrichtlinie in Deutschland. Dazu erklärt die landwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kirsten Eickhoff-Weber:

„Die erste Nitratkulisse von 2018 stuft rund die Hälfte des Landes als nitratbelastet ein und die Phosphatkulisse umfasst rund 20 %. Der 2. Nährstoffbericht Schleswig-Holstein wurde im März vom Minister vorgestellt: „Die Nährstoff-Überschüsse sind in den vergangenen Jahren nicht gesunken und belasten Grundwasser, Oberflächen- und Küstengewässer weiter stark“ und Professor Taube wird zitiert mit „die Stickstoff-Bilanzen haben sich im Zeitraum 2013 - 2017 gegenüber dem Zeitraum 2007 - 2012 nicht verbessert, in einigen Regionen sogar leicht verschlechtert.“

Zusätzlich zu den Anforderungen der Bundesdüngerverordnung sind drei zusätzliche Anforderungen zu regeln: Die bestehende Untersuchungspflicht von Wirtschaftsdünger soll beibehalten werden. Das Einarbeitungsgebot innerhalb einer Stunde wird fortgesetzt. Neu ist nur die verpflichtende Schulung von Betriebsinhabern zur Erhöhung der Nährstoffeffizienz.



„Die Umweltverbände äußern vehemente Kritik, die Trinkwasserversorger schlagen Alarm und der Landwirtschaft erweist Jamaika damit einen Bärendienst!“

Steht doch zu befürchten, dass die von der Landwirtschaft eingeforderte Rechtssicherheit mit dieser Landesdüngerverordnung nicht erreicht wird. Es gibt keine Regelungen für nachweislich gewässerschonend arbeitende Betriebe, keine Lösung für die Gülleverteiler im Land, keine Optimierung des Messstellennetzes. Keine Antworten, aber viele Fragen. Die Ergebnisse des Nährstoffberichts, die Forschungsergebnisse der CAU, die Forderung nach flächengebundener Nutztierhaltung müssen gemeinsam mit der Landwirtschaft angegangen werden! Dafür brauchen wir mehr Unterstützung für Gewässerschutzberatung, für Managementberatung - bisher Fehlzanzeige!"

Hier geht's zur Rede von Kirsten Eickhoff Weber: <https://www.youtube.com/watch?v=tQo4dNcDLFQ>

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Heimo Zwischenberger, Pressesprecher
Marie Strake, Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel